bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 22 | 23.Oktober 2008

Rechte Szene 2

Zwist und Misstrauen
In der NPD kriselt es nach wie vor – das Thema Parteifinanzen ist auch juristisch noch nicht abgeschlossen.

„Kampf um die Rasse“
Experten sehen hinreichende Gründe für ein baldiges Verbot der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“.

Weißwäscher am Werk
In rechtsextremen Kreisen wird verbissen versucht, die nationalsozialistische Führung von der Verantwortung für den Pogrom vom 9. November 1938 freizusprechen.

Prozesse 6

„Kameraden“-Opfer
Angeblicher „Nationalist“ von Jugendlichem erstochen – Gericht erkennt auf Totschlag.

Ausland 6

Mörderisches Klima
Rechte Gewalt wird in Russland alltäglich.

Seitenblick 7

Zahlentricks
Die Innenminister der Länder haben sich auf einheitliche Statistiken rechtsextremer Straf- und Propagandadelikte geeinigt.

Rezension 8

Biedermann-Maske
Die extreme Rechte zwischen Militanz und Bürgerlichkeit.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Krieg gegen die Juden
Die Pogromnacht vom 9. November 1938 muss im Zusammenhang mit zeitgleich stattfindenden antijüdischen Schikanen gesehen werden.

Geraubte Kultur
Eine Ausstellung über die schwierige Restitution der von den Nazis aus jüdischem Besitz gestohlenen Kunstgegenstände.

Meldungen 11

Rechte Szene

Zwist und Misstrauen

In der NPD kriselt es nach wie vor – das Thema Parteifinanzen ist auch juristisch noch nicht abgeschlossen.

Eigentlich hatte die NPD Anfang Oktober ihre Delegierten zusammentrommeln wollen, um sich endlich das neue Parteiprogramm zu geben, das schon für dieses Frühjahr versprochen war. Doch der Bundesparteitag fand nicht statt. Offiziell, weil es der NPD nicht gelang, einen Veranstaltungsraum zu finden. Doch die engere Parteispitze rund um Udo Voigt dürfte nicht unglücklich gewesen sein über die Absage. Zu groß wäre aus ihrer Sicht das Risiko gewesen, dass sich die Delegierten nicht damit beschieden hätten, bloß über Parteiprogrammatik zu palavern – kurz nachdem ihr langjähriger Schatzmeister Erwin Kemna vom Landgericht Münster wegen Untreue zu 32 Monaten Haft verurteilt worden war und die Richter der NPD ins Stammbuch geschrieben hatten, sie habe Kemna den Griff in die Kasse leicht gemacht.

Dass es bei einem Parteitag im Oktober hoch hergehen würde, war spätestens erkennbar, als sich Udo Pastörs, NPD-Fraktionschef im Schweriner Landtag, wieder einmal als Stimme der erzürnten Parteibasis gerierte. Für ihn sei klar, „dass der Parteitag an einem derart schwerwiegenden Fall nicht vorbeigehen kann“, wurde er im „Tagesspiegel“ zitiert. Es sei „ein Skandal erster Ordnung“, wenn die Parteiführung „bei den kleinen Mitgliedern den letzten Euro rausholt und ein Gauner wie Kemna unglaubliche Summen veruntreuen kann“.

Statt sich den Delegierten zu stellen, ließ sich Voigt Anfang Oktober in einer Sitzung des Bundesvorstands das Vertrauen aussprechen. Einem Bericht von Altermedia zufolge hatte er in diesem Gremium eine Dreiviertelmehrheit hinter sich. Nur drei Vorstandsmitglieder sollen Voigt das Vertrauen verweigert haben, eines enthielt sich. Unter denen, die Voigt ihr Misstrauen aussprachen, war Andreas Molau, stellvertretender Landesvorsitzender in Niedersachsen und Sprecher von Pastörs’ Landtagsfraktion. Er teilte nach der Vorstandssitzung mit, seine Ämter auf Bundesebene, aber auch nur dort, niedergelegt zu haben. „Der Rücktritt bezieht sich nur auf die Ämter im Bundesvorstand, deren Führung ich nach den Ereignissen um die Veruntreuung von Geldern in der Partei nicht mehr voll unterstützen kann“, ließ er über die Homepage der niedersächsischen NPD wissen. Wer neben Molau gegen Voigt stimmte, ist bisher unbekannt. Allerdings fällt auf, dass neben dem Niedersachsen auch Udo Pastörs auf der aktuellen NPD-Homepage nicht mehr als Vorstandsmitglied geführt wird.

Voigt profitiert in der seit dem gescheiterten Verbotsverfahren schwersten Krise seiner Amtszeit davon, dass sich die übrigen Kraftzentren der Partei mit ihren jeweils eigenen Machtambitionen uneinig sind: Pastörs in Schwerin, Holger Apfel in Dresden und – dank seiner prallen Geldbörse – Jürgen Rieger in Hamburg sind nicht auf eine Linie zu bringen. Den Kuddelmuddel um die NPD-Finanzen parteiintern aufklären soll nun eine neue Kommission. Ihr vorsitzen wird Hans-Joachim Voß aus Unna. Aus der Sicht der Parteispitze eine gute Wahl: Voß ist ein altgedienter Funktionär auf lokaler Ebene, bislang ganz ohne eigene Ambitionen auf höhere Parteiweihen. Auch in die Händel der Apfels, Pastörs und Riegers ist er nicht erkennbar verwickelt.

Falls sie es mit der Aufklärung ernst meint, wird die Kommission viel zu tun haben. Denn der Partei droht neben den bereits bekannten Veruntreuungen Kemnas weiteres Ungemach. Einerseits prüfen einem „Spiegel-Online“-Bericht zufolge die Fahnder, ob der Ex-Schatzmeister seine Finanztricksereien schon wesentlich länger praktizierte als bislang bekannt. Andererseits rückt konkret der Rechenschaftsbericht der NPD für 2006 ins Blickfeld. Es gehe um 385 000 Euro, die Kemna 2006 ins Rechenwerk der Partei „gemogelt“ habe, um seine illegalen Geldentnahmen „zu kaschieren“, berichtete „Spiegel-Online“ unter Berufung auf Frank Schwerdt, den Leiter der NPD-Rechtsabteilung. Wäre der Rechenschaftsbericht falsch gewesen, würde eine Strafzahlung von 770 000 Euro fällig. Zwar reagierte Schwerdt auf den Bericht mit einem Dementi. Das lässt aber einige Fragen offen und soll vor allem den Verdacht zerstreuen, dass er es war, der Informationen an die Öffentlichkeit streute. Dass sich die Parteifinanzen in einem chaotischen Zustand befinden und das Thema auch juristisch noch nicht abgeschlossen ist, lässt sich aber nicht dementieren.

Tomas Sager

„Kampf um die Rasse"

Experten sehen hinreichende Gründe für ein baldiges Verbot der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend".

Der neonazistische Verein „Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ) gerät immer mehr in Bedrängnis. Bei der bundesweiten Razzia am 9. Oktober stellten die Sicherheitsbehörden einem „Tagesspiegel"-Bericht zufolge belastendes Material sicher, das die HDJ als Ersatzorganisation für die verbotene „Wiking-Jugend"(WJ) ausweist. Im Haus eines in Brandenburg lebenden szenebekannten Juristen und HDJ-Aktivisten sollen die Ermittler auf eine „Art Geheimarchiv" der WJ gestoßen sein. Damit wird ein Verbot der HDJ immer wahrscheinlicher, noch prüft das Bundesamt für Verfassungsschutz das gefundene Material. 1994 hatte der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) in seiner Verbotsverfügung gegen die WJ auch die Gründung von Ersatz- und Nachfolgeorganisationen untersagt.

Mit der Razzia wollte das Bundesinnenministerium nach eigenen Angaben prüfen, „ob sich die HDJ in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft". Im Zuge eines seit Juni beim Innenministerium laufenden vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens waren Wohnungen und Büros von rund hundert Personen, teils auch hochrangige Funktionäre der NPD, durchsucht worden – in allen Bundesländern außer im Saarland und in Bremen. Für das Ministerium bestehen zumindest Anhaltspunkte, dass sich der „neonazistisch ausgerichtete Jugendverband" gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Die HDJ mit eigenen Uniformen und Rangabzeichen gilt als Kaderschmiede für den rechtsextremen Nachwuchs, sie schult Kinder und Jugendliche in Zeltlagern etwa in der NS-Rassenideologie.

Bekannt ist etwa, dass bei einem HDJ-Lager im Januar der NS-Propagandafilm „Der ewige Jude" gezeigt wurde, dessen Aufführung wegen seines erheblich volksverhetzenden Charakters verboten ist. In der aktuellen Ausgabe der Vereinszeitschrift „Funkenflug" findet sich ein Artikel zu „Krieg & Frieden", die der Autor für „einander ausschließende Gegensätze" hält, sie sollen sich „abwechseln im ewigen Kreislauf des Lebens. Und dieses Leben bedeutet Kampf!" Dabei gelte der Grundsatz vom Leben als Kampf für „Menschen unserer Rasse" „im Besonderen", er sei sogar „fest verankert in unserem Ahnenerbe": „Aus seinem innersten Wesen heraus bejaht der Nordmensch den Kampf." Und: „Wer sich im gewaltigen Ringen der Völker selbst aufgibt, beschwört damit nur seinen eigenen Untergang herauf."

Für den Vorsitzenden des Innenausschusses im Bundestag Sebastian Edathy (SPD) ist die Sache klar. Er hatte nach der Razzia die Haltung des Ministeriums erneut als zögerlich kritisiert und ein sofortiges Verbot gefordert. Dafür gebe es hinreichende Gründe. Auch Verfassungsschützer hatten mit Verwunderung reagiert, die meisten Dinge seien lange bekannt, viele Beweise vorhanden. Sebastian Edathy zufolge verherrlicht die HDJ die NS-Zeit und arbeite „gegen den Geist der Völkerverständigung". Vom Innenministerium würden nun im wesentlichen Strafrechtsverstöße durch verfassungsfeindliches Propagandamaterial geprüft, so der SPD-Politiker. Der Politologe Gideon Botsch vom Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum betrachtet die paramilitärisch organisierte Gruppierung als neonazistisch, sie knüpfe inhaltlich an die Hitlerjugend (HJ) und sogar an die SS an. Unter Experten ist auch die Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus unbestritten.

Wie der „Tagesspiegel" unter Berufung auf Polizeikreise berichtet, hat die von Kennern als verspätet kritisierte Razzia dazu gedient, V-Leute in der Szene zu schützen. Zahlreiche Informationen und Beweise seien bekannt, hätten aber nicht in Verfahren verwendet werden können, ohne die V-Leute zu gefährden. Das könnte auch erklären, warum das Innenministerium so langsam vorgeht. Noch 2007 sah es sich im Fall des Uniformverbots für die HDJ nicht zuständig und verwies an die Länder. Ein Verbotsantrag von Bündnis 90/Die Grünen liegt seit Juli 2007 vor, im Laufe dieses Jahres folgten Anträge von FDP und Linkspartei. Der Innenausschuss des Bundestages verschob eine Woche nach der HDJ-Razzia die Befassung mit den Anträgen der Oppositionsparteien auf den 12. November. Dann wollen die Koalitionsfraktionen aus Union und SPD selbst einen kürzlich vereinbarten eigenen Antrag einbringen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, ein Verbot zu prüfen.

Alexander Fröhlich

Weißwäscher am Werk

In rechtsextremen Kreisen wird verbissen versucht, die nationalsozialistische Führung von der Verantwortung für den Pogrom vom 9. November 1938 freizusprechen.

Am 9. November jährt sich zum 60. Mal die Pogromnacht. Unter der Führung von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels hatten die NS-Machthaber das Attentat eines 17-jährigen Juden polnischer Nationalität auf einen Legationssekretär in den Räumen der deutschen Botschaft in Paris zum Anlass genommen, einen als „Sühneakt" getarnten Pogrom gegen die angebliche „Verschwörung des Weltjudentums" zu inszenieren. Heutige Rechtsextremisten verschließen sich jedoch dieser Realität und verbreiten stattdessen abstruse Verschwörungstheorien. Juden selbst, so eine der rechtsextremen Wahnvisionen, steckten hinter den Drahtziehern der Pogromnacht.

Der untergetauchte Neonazi-Justizflüchtling Gert Ittner behauptet, dass die Pogromnacht für „die Reichsführung völlig überraschend" stattgefunden habe: „Niemand konnte – trotz der allgemeinen Unbeliebtheit der Juden im Deutschen Volk – zu jenem Zeitpunkt weniger Interesse an einem solchen Ausbruch des Volkszorns gegen diejenigen haben ... als die politische Führung des Deutschen Reiches." „Wieder wurde Deutschland", so orakelt Ittner, „Opfer einer Intrige, deren Hintermänner der Erkenntnislage" nach in jüdischen Kreisen zu suchen seien.

Als rechtsextreme Standardwerke zur Pogromnacht gelten die Bücher „Feuerzeichen – Die Reichskristallnacht. Anstifter und Brandstifter – Opfer und Nutznießer" sowie „'Reichskristallnacht' 9. November 1938. Hintermänner und Hintergründe". Ingrid Weckert ist Autorin des 1981 im Grabert-Verlag erschienenen Machwerkes „Feuerzeichen". Weckert schreibt, dass die Pogromnacht von jüdischer Seite angestiftet wurde, um die Auswanderung der Juden nach Palästina zu fördern. Die Juden, so Weckert, „waren so wenig Opfer eines geplanten Genozids wie andere Völker". Ein Vorwort zu dem Buch steuerte Wilfred von Oven, letzter persönlicher Pressereferent (1943 – 1945) von Goebbels, bei. Der im Sommer 2008 in Buenos Aires verstorbene Oven, der Zeit seines Lebens Goebbels als „faszinierendste Persönlichkeit der NS-Führung" verehrte, sprach Weckert für ihren „Mut zur historischen Wahrheit" seinen „ganz besonderen persönlichen Dank" aus. Die Holocaust-Leugnerin Weckert (alias „Hugo Rauschke") war einst Gefolgsfrau des 1991 verstorbenen Neonaziführers Michael Kühnen. Das Machwerk „Feuerzeichen" wurde mit Beschluss der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften am 16. Juni 1994 indiziert. Das Amtsgericht Tübingen zog das Buch mit Beschluss vom 5. Januar 1998 wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ein. 2001 meldete sich Weckert in der revisionistischen Zeitschrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" (VffG) von Germar Rudolf erneut zur Pogromnacht zu Wort. Ziel ihres mehrseitigen Aufsatzes war die wiederholte Weißwaschung von Goebbels, der Weckert zufolge keinesfalls der „Initiator der antisemitischen Ausschreitungen" gewesen sein konnte.

„Mut zur historischen Wahrheit"

„'Reichskristallnacht' 9. November 1938" wird als „Forschungsbericht" angepriesen, der mit „zahlreichen historischen Legenden" aufräumen und zeigen will, „wie es wirklich war". Autor des 1988 im rechtsextremen Türmer-Verlag erschienenen Buches ist Nikolaus von Preradovich (1917 – 2004). Preradovich, von 1972 bis 1974 Chef der Geschichtsredaktion des Schroedel Schulbuch-Verlages, beharrt darauf, dass sich an der Pogromnacht „Teile des deutschen Volkes 'spontan' an den ihnen bekannten Juden vergriffen haben und die Führung der NSDAP sei sodann gewissermaßen als Trittbrettfahrer auf den bereits in Bewegung befindlichen Zug gesprungen". 1999 wurde Preradovich, langjähriger Mitarbeiter des DVU-Sprachrohrs „National-Zeitung" und Unterzeichner des holocaustleugnenden „Appells der 100", mit der „Ulrich-von-Hutten-Medaille" der „Gesellschaft für freie Publizistik" ausgezeichnet.

Auf der Unschuld Goebbels beharrt neben Weckert auch der rechtsextreme Verschwörungstheoretiker Erich Glagau in seiner 1997 erschienenen Broschüre „Eine passende Antwort, Herr Bubis". Goebbels, so Glagau, habe „immer wieder klargelegt, wie unsinnig eine solche Idee (Anm. die Pogromnacht) überhaupt gewesen sei." Glagau, ein dem Bundesamt für Verfassungsschutz als „Autor mehrerer rechtsextremistischer Schriften und Bü-

cher“ bekannter Autor, fabuliert in seinem Pamphlet: „Es waren zu dieser Zeit Verhandlungen zwischen dem New Yorker Rechtsanwalt Rublee und dem Reichsbankpräsidenten Schacht im Gange. Es sollte den Juden Gelegenheit gegeben werden, auszuwandern. Dieses Angebot wurde jedoch von den amerikanischen Juden abgelehnt. Wie Bubis die Nazis vermutet, die gegen ihre eigenen Interessen die Kristallnacht veranstaltet haben sollen, so kann man umgekehrt Überlegungen anstellen: Wem nützte diese ganze Aktion. Den Nazis bestimmt nicht!“

In der Schriftenreihe „Historische Tatsachen“, herausgegeben vom Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung (Vlotho), erschien 1995 ein Themenheft mit dem Titel „Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich“. Autor war Verlagschef Udo Walendy. NPD-Urgestein Walendy wiederholt in dem Heft die in antisemitischen Kreisen seit Jahrzehnten kursierende Mär der „jüdischen Kriegserklärung vom 24. März 1933“, die „keine platonische Deklaration, sondern eine sehr ernst zu nehmende, grenzübergreifende und konsequent mit den jüdischen Organisationen in den USA koordinierte Kampfstrategie mit realpolitischem Hintergrund“ gewesen sein soll. Von der „Kriegerklärung“ schlägt Walendy einen Bogen über den „Abwehrboykott am 1. April 1933“ und kommt wenige Seiten später auf die „Kristallnacht“ zu sprechen. Walendy gibt kund, dass die Ermordung des Legationssekretärs „in Deutschland nicht als Affekthandlung eines Einzeltäters aufgefasst“ wurde, „sondern als eine erneute Aktion einer bereits langfristig in Gang befindlichen jüdischen Kriegsführung gegen das Reich“.

Die Mär von der jüdischen Kriegserklärung

Im voluminösen „Volkslexikon Drittes Reich“, Grabert-Verlag 1994, werden die antisemitischen Übergriffe der Pogromnacht als „teilweise noch ungeklärte, angeordnete und gesteuerte, teilweise spontan eingeleitete Maßnahmen“ beschrieben, die „das Ansehen Deutschlands in jenen Jahren zweifellos beträchtlich“ schädigten.

In dem 1989 im revisionistischen Grabert-Verlag erschienenen Buch „Die Jahrhundert-Provokation: wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde“ (erstveröffentlicht 1967 in Frankreich) will der Autor Paul Rassinier in Erfahrung bringen, dass der jugendliche Attentäter kein Einzeltäter war, da politische Morde „immer verabredet, und politische Gruppierungen, Staaten oder Parteien, denen es an einer Verschärfung der Dinge liegt“, die „Hand des Mörders“ lenkten. Weiter behauptet Rassinier, dass an dem organisierten Wüten von SA, SS, HJ und anderen NSDAP-Angehörigen keine „Machtträger des Dritten Reiches“ teilgenommen haben, denn diese hätten „immer wieder beteuert, an der Organisation dieser Kundgebungen und an der Wendung, die sie nahmen, nicht beteiligt gewesen zu sein. Wir müssen zugeben, dass sie, dem Anschein nach wenigstens, Recht haben.“ Der Franzose Rassinier gilt als Vater des modernen Revisionismus. Er war einer der ersten publizistischen Holocaust-Leugner.

Weißwäscherei konnte Fritz Hippler, vormals NS-Filmintendant, einer der Organisatoren der „Verbrennung undeutschen Schrifttums“ und verantwortlich für die Gestaltung des antisemitischen Hetzwerks „Der ewige Jude“, in der ARD-Sendung „Die Reichskristallnacht“ vom November 1988 betreiben. Hippler stilisierte sich als Kritiker der Aktion, zeigte sich entrüstet darüber, dass am Abend der Pogromnacht die Tür zu einer Wohnung eingetreten wurde und dahinter eine jüdische Großfamilie eng zusammengekauert vor Angst zitterte. Er will seinen SS-Ausweis gezeigt und nach der Polizei gesucht haben.

Seine Sicht zur Pogromnacht schildert Willi Krämer in dem Buch „Vom Stab Heß zu Dr. Goebbels“, das 1979 im Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung erschien. Krämer, ehemaliger Angehöriger des „Stabes Heß“ und der NS-Reichspropagandaleitung, ortet als Verursacher der Pogromnacht „Rabauken niederer Chargen“ der NSDAP, die den Nationalsozialismus bekämpfen wollten. Goebbels, so Krämer dagegen, sei unschuldig: „Da Dr. Goebbels an jenem Abend weder seinen Nachrichtenapparat im Propagandaministerium noch sonst einer Dienststelle eine Brandanweisung gegeben hat oder hätte geben können, gibt es nicht einmal einen Indizienbeweis, der ihn belasten könnte.“ Nach 1945 war Krämer Funktionär der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Deutschen Reichspartei (DRP). In den 80er Jahren galt Krämer in rechtsextremen Kreisen als „Freund und Förderer“ von Michael Kühnen und wurde Ehrenmitglied der „Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten“.

Anton Maegerle

Prozesse

„Kameraden"-Opfer

Angeblicher „Nationalist" von Jugendlichem erstochen – Gericht erkennt auf Totschlag.

Im Prozess um einen tödlichen Streit unter Jugendlichen in Stolberg hat das Aachener Landgericht am 21. Oktober einen 18-Jährigen zu sechs Jahren Jugendhaft verurteilt. Die Kammer befand den Jugendlichen, dessen Eltern aus dem Libanon stammen, des Totschlags für schuldig. Sie sah es als erwiesen an, dass er Anfang April einen 19-Jährigen mit einem Messer niedergestochen hatte. Neonazis hatten das Opfer propagandistisch zum „Märtyrer" verklärt. Laut Gericht hat der 18-Jährige in dem nicht öffentlichen Verfahren über seinen Anwalt erklären lassen, den 19-jährigen Berufsschüler erstochen zu haben. Er habe sich auf eine „Nothilfe-Situation" berufen und bei der nächtlichen Auseinandersetzung unter Jugendlichen zwei Freunden helfen wollen. Zwar habe die Kammer jene „Nothilfe" anerkannt, indes sei der Einsatz eines Messers dabei als „unverhältnismäßig" eingestuft worden, so ein Gerichtssprecher

Neonazis stilisieren den Getöteten, der in der Tatnacht in Begleitung eines befreundeten 17-jährigen NPD-Mitglieds war, bis heute zum „Kameraden". Alleine in Stolberg kam es zu drei großen „Trauermärschen". Nachdem Freunde und Eltern des Opfers sich jene „Lügen" verbaten, hetzten Neonazis gegen die „debilen Eltern" (Thiazi-Forum), die „charakterloses Lumpentum" (Altermedia) seien. Aus Szenekreisen hieß es indes auch, einzelne NPD-Funktionäre hätten die Sogwirkung des angeblichen „Kameraden"-Opfers zu Profilierungszwecken genutzt. Der Dürener NPD-Kreischef Ingo Haller sprach noch Wochen später vom „Kameraden". Das Opfer sei „Nationalist" gewesen, so Haller, denn es „fühlte sich der nationalen Bewegung immer näher."

Der Prozess fand wegen vager Ankündigungen von Neonazi-Aktionen unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen statt. Zu Prozessbeginn hatten Neonazis der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) am 22. September ausländerfeindliche Handzettel in Aachen verteilt. Weitere Aktionen blieben aus.

Michael Klarmann

Ausland

Mörderisches Klima

Rechte Gewalt wird in Russland alltäglich.

Die Mörder kamen am frühen Morgen. Der 27-jährige Fjedor Filatow war am 10. Oktober um 7.30 Uhr auf dem Weg zur Arbeit, als er unmittelbar vor seiner Wohnung in Moskau von vier mit Messern bewaffneten Personen angegriffen wurde. Er starb noch auf dem Weg ins Krankenhaus. Für Filatows Freunde war sofort klar, dass die Tat mit dessen politischen Aktivitäten zu tun hat. Filatow war Mitbegründer einer „Moscow Trojan Skinheads", einer antirassistischen Gruppe von Redskins, die sich gegen die zunehmenden Neonaziaktivitäten in Russlands Subkultur engagiert.

Fjedor Filatow hatte im Februar 2008 Berlin besucht. Sein gewaltsamer Tod löste auch dort Betroffenheit aus. Am 19. Oktober machten in Berlin rund 50 Menschen vor der russischen Botschaft in Berlin auf die zunehmende rechtsextreme Gewalt in Russland aufmerksam. Denn der Tod von Filatow ist kein Einzelfall. Die Opfer rechter Gewalt in Russland häufen sich.

Am 8. Oktober wurde in der sibirischen Stadt Irkutsch die 22-jährige Olga Rukosyla zu Tode getreten. Augenzeugen berichteten, dass die junge Frau gegen 22.00 Uhr von drei Männern, die dem Anschein nach der rechten Szene angehörten, angesprochen wurde. Rukosyla wollte weglaufen, wurde von den jungen Männern zu Boden gestoßen und getreten. Sie starb wenige Stunden später an den Folgen der schweren Verletzungen. Rukosyla gehörte nach Angaben ihrer Freunde keiner bestimmten politischen Richtung an, habe aber durch ihre Kleidung ihre Zugehörigkeit zur Punkbewegung dokumentiert.

Das Informations- und Analyse-Zentrum SOVA listet auf seiner Webseite die Aktivitäten der Neonazis in Russland regelmäßig auf. Beinahe täglich gibt es demnach Angriffe auf Nichtrechte und Migranten. Fast jede Woche kommt es in Folge dieser Angriffe, die oft gruppenweise von mit Messern oder Knüppeln bewaffneten jungen Männern verübt werden, zu Todesfällen.

Peter Nowak

Seitenblick

Zahlentricks

Die Innenminister der Länder haben sich auf einheitliche Statistiken rechtsextremer Straf- und Propagandadelikte geeinigt.

Im Frühjahr 2009 wird es die erste bundeseinheitliche Zählweise rechtextremer Straftaten geben. Mit der einheitlichen Zählweise kann künftig jedes Land genau sehen, wo es im Bundesvergleich steht. Nicht zuletzt auf Initiative Sachsen-Anhalts haben sich die Innenminister des Bundes und der Länder darauf geeinigt, künftig Propagandadelikte wie Hakenkreuz- und andere NS-Schmierereien grundsätzlich als rechtsextrem einzustufen, auch wenn die Täter unbekannt bleiben und ihre explizit rechtsextreme Motivation deshalb nicht nachweisbar ist. Gerade bei derartigen Propagandadelikten ist die Aufklärungsquote relativ gering.

Bislang gab es zwei zulässige Zählweisen, derer sich die Länder bei der Erstellung ihrer Statistiken politisch motivierter Kriminalität in eigener Verantwortung bedienen konnten. Neben der einheitlichen Zählweise, auf die sich die Innenminister jetzt geeinigt haben, gab es auch Statistiken, in die nur Propagandadelikte einflossen, bei denen die Täter ermittelt und ihnen die eindeutige politische Motivation nachgewiesen wurde. Dadurch flossen zahlreiche unaufgeklärte Propagandadelikte nicht in die Statistiken mancher Länder ein. Bis zuletzt gab es deshalb von einigen Innenministerien auch heftigen Gegenwind gegen die nunmehr beschlossene einheitliche statistische Erhebung.

Hans-Werner Rogge, Direktor des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein, räumte gegenüber der „Magdeburger Volksstimme“ ein, dass die neue einheitliche Erfassung für sein Bundesland „letztlich dazu führt, dass die Zahl der Straftaten, die als rechts motiviert in der Statistik erfasst werden, deutlich höher sein wird“. Als Beispiel verweist Rogge auf die Halbjahresstatistik seines Landes für das erste Halbjahr 2008. Durch die neue Erfassungsweise sei die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten auf insgesamt 380 Fälle gestiegen. Das sei eine Zunahme von 150 Delikten oder 65 Prozent. Normalerweise würde man von einer erdrutschartigen Veränderung sprechen, diese sei aber lediglich der neuen einheitlichen Zählweise geschuldet.

Sachsen-Anhalt, das Land mit der in der Vergangenheit fast stets höchsten Zahl rechtsextremer Straftaten im Verhältnis zur Zahl der Bewohner, braucht derartige Zuwäche nicht zu befürchten. „Wir verfahren bereits lange strikt nach dem Prinzip, bei Propagandadelikten mit rechtsextremem Inhalt auch eine rechtsextreme Motivation anzunehmen“, sagt Innenminister Holger Hövelmann (SPD). Lediglich im vergangenen Jahr hatte es massive Verwerfungen gegeben. Ohne Wissen der Ministeriumsspitze war das Landeskriminalamt zur alternativen Zählweise übergegangen. Im Spätsommer 2007 war ein glücklicher Innenminister vor die Presse getreten und hatte von einem deutlichen Rückgang rechtsextremer Straftaten im ersten Halbjahr 2007 geschwärmt. Als die Sache aufflog, musste LKA-Chef Holger Hüttemann seinen Hut nehmen, das Land kehrte unverzüglich zur bisherigen Zählweise zurück. Als dann die Jahresstatistik für das Jahr 2008 vorgestellt wurde, war von rückläufigen Zahlen keine Rede mehr.

Die jetzt einheitliche Zählweise macht die Statistiken der Bundesländer in Bezug auf rechtsextreme Straftaten erstmals wirklich vergleichbar. Was Schleswig-Holsteins LKA-Chef Rogge gesagt hat, mögen seine Kollegen in vielen anderen Bundesländern schweren Herzens bestätigen. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass Sachsen-Anhalt im statistischen Ländervergleich der rechtsextremen Straftaten 2008 nicht mehr mit weitem Abstand den unrühmlichen Spitzenplatz einnehmen wird. Andere Bundesländer werden gleich- oder vielleicht sogar vorbeiziehen. Der bisherige Ruf Sachsen-Anhalts als „Hochburg der braunen Brut“ könnte zu bröckeln beginnen.

Grund zur Entwarnung gibt es indes nicht. Denn es geht in der neuen einheitlichen Statistik rechtsextremer Straftaten ja lediglich um die Zählweise rechtsextremer Propagandadelikte. In anderen Bereichen gibt es in Sachsen-Anhalt durchaus weiterhin Grund zur Sorge. Nach Angaben Hövelmanns sind von den etwa 1400 registrierten Rechtsextremisten im Land rund 800 Personen der gewaltbereiten Szene zuzurechnen. Erst jüngst sorgte das Land mit zwei rechtsextremen Tötungsdelikten erneut für bundesweite Negativschlagzeilen.

Eberhard Löblich

Rezension

Biedermann-Maske

Die extreme Rechte zwischen Militanz und Bürgerlichkeit.

In den letzten Jahren hat sich die extreme Rechte organisatorisch und strategisch gewandelt: Feste Strukturen wichen lockeren Personenzusammenschlüssen, das Rabauken-Image wurde durch die Biedermann-Maske abgelöst, martialisches Gehabe wurde vom beklagten Verfolgtenstatus abgelöst. Um die damit verbundenen Prozesse besser ausleuchten zu können, nahm der Soziologe Andreas Klärner auf der Grundlage eines lokalen Fallbeispiels die aktionsorientierte rechtsextreme Bewegung und deren Eliten und Basisaktivisten ins Blickfeld. Seine Studie „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten“ stellt sich folgenden Fragen: Wie haben sich die Aktions- und Organisationsformen der Szene in den letzten Jahren konkret verändert? Und: Worin besteht der politische und soziale Hintergrund der Aktivisten? Antworten will der Autor mit dem methodischen Instrumentarium der Bewegungsforschung und auf Basis einer lokalen Fallstudie zur Situation in einer ungenannten ostdeutschen Stadt geben.

Der Text gliedert sich in sieben Kapitel: Zunächst skizziert der Autor knapp in vier Phasen unterteilt die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland von der partei- zur netzwerkförmigen Organisation und widmet sich dem wissenschaftlichen Verständnis des Rechtsextremismus als sozialer Bewegung. Danach geht es um das methodische Vorgehen bei der Fallstudie und die Präsentation der Ergebnisse: Klärner beschreibt und bewertet die Entwicklung des Rechtsextremismus in A-Stadt (diese Bezeichnung wählt der Autor für die mittelgroße Stadt in den neuen Bundesländern), geht ausführlich auf die lokale Bewegungselite, die Basisaktivisten und das Umfeld der Bewegung ein und befasst sich genauer mit deren Selbstverständnis als politische Akteure in Ideologie und Praxis. Die Quellenbasis für diesen Hauptteil der Studie bilden zahlreiche Interviews, die im Text ausführlich zitiert werden. Gegen Ende fragt der Autor nach einer bilanzierenden Betrachtung nach den Erfolgsaussichten und Gegenstrategien.

Allgemein leitet er aus der lokalen Fallstudie hinsichtlich der Veränderungen folgende Erkenntnisse ab: „Die auffälligsten Akzentverschiebungen im Auftreten der A-Städter-Szene im Untersuchungszeitraum waren das Gewaltmoratorium, die Übernahme ‘linker’ Parolen und Szenecodes der politischen Gegner, was diese erheblich verwirrte, sowie die offensive Selbstdarstellung als Opfer.“ (S. 136) Ausgrenzungserfahrungen, die insbesondere mit dem letztgenanntem Gesichtspunkt verbunden seien, führten bei den Befragten zu einem Gefühl der moralischen Überlegenheit und des persönlichen Zusammenhalts. Weiter heißt es: „Die am A-Städter Beispiel aufgezeigten Transformationsprozesse in Bezug auf Organisations- und Aktionsformen belegen die These, dass der organisierte deutsche Rechtsextremismus ein soziales Gebilde mit hoher Innovationskraft ist.“ (S. 290) Die Lokalstudie habe gezeigt, wie erfinderisch und provokativ die rechtsextreme Bewegung mit ihren Basisaktivisten und Kadern hinsichtlich Kampagnenfähigkeit und Strategie sei.

Klärner leitet aus diesen Erkenntnissen aber kein dramatisierendes Bild ab, sondern schätzt abschließend überaus differenziert die Erfolgsaussichten der rechtsextremen Szene ein. Dabei nutzt er innovativ das methodische Instrumentarium der Bewegungsforschung, um die erwähnten Entwicklungen in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext zu stellen. In diesen beiden Gesichtspunkten bestehen zweifellos die Stärken der Arbeit. Sie hätten darüber hinaus aber noch die soziale Verankerung der Szene näher beleuchten können. Auch nimmt insgesamt die Fallstudie einen zu großen Raum ein, sollte sie doch eigentlich primär zur Erfassung allgemeiner Entwicklungstendenzen dienen. Diese hätten dann stärker herausgearbeitet werden können. Darüber hinaus wäre auch die Frage zu stellen, inwieweit die Entwicklungen in „A-Stadt“ repräsentativ für die bundesweite Perspektive sind. Gleichwohl verdient die Studie angesichts der erwähnten Vorzüge Interesse. Dies gilt auch für die interessanten Positionen zu Fragen der Gegenstrategien und der Verbotsoptionen.

Armin Pfahl-Traughber

Andreas Klärner: Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburger Edition Verlag, Hamburg 2008, 348 S., 25,00 Euro.

Blick in die Zeitgeschichte

Krieg gegen die Juden

Die Pogromnacht vom 9. November 1938 muss im Zusammenhang mit zeitgleich stattfindenden antijüdischen Schikanen gesehen werden.

Anfang November 2008 wird vielerorts eines Ereignisses gedacht, das vor 70 Jahren zwar bekannt wurde, aber nur hier und da Bestürzung auslöste: Die „Reichskristallnacht", wie sie im November 1938 genannt wurde. Wer den Namen erfunden hat, ist nicht endgültig geklärt. Das freilich wäre wichtig, um diesen historisch schändlichen Tag besser einordnen zu können. Dass damals nicht sozusagen über Nacht der Mob von der Leine gelassen wurde, steht fest. Dass das Signal aus München kam, ist auch gesichert. Dort hatten sich die führenden Funktionäre von Partei und Regierung getroffen, um wie in jedem Jahr an den 9. November 1923 zu erinnern – den Tag des gescheiterten Putsches Hitlers und anderer Rechtsextremisten gegen die bayrische Staatsregierung.

Bei Betrachtung des Umfelds des 9. November 1938 fallen andere Ereignisse auf, die im Zusammenhang mit dem Aufruf zur Mordnacht gesehen werden sollten. Es geht insgesamt um zerstörerische Maßnahmen gegen Juden. Hitler wollte bereits im Herbst 1938 Polen überfallen und danach Frankreich besiegen. Die Konferenz von München Ende September 1938 machte ihm aber einen Strich durch die Rechnung. Innenpolitisch ging dagegen der Krieg gegen die deutschen Juden unvermindert weiter.

Am 4. Oktober 1938, dem Vorabend des höchsten jüdischen Feiertages Yom Kippur, mussten alle Wiener Juden des 4. Bezirks die Hausschlüssel abliefern, zum Ostbahnhof gehen, ihre Pässe abgeben und in Richtung Donau marschieren, wo sie auf Schiffe zu steigen hatten. Man wollte ihnen beweisen, dass große Deportationen möglich waren – ohne Anteilnahme der übrigen Bevölkerung. Ein makabres Vorspiel zur Deportation von 17 000 Juden aus Deutschland an die polnische Grenze wenige Wochen später.

Einen Tag nach dem Wiener Gewaltakt bekommen alle Juden in Deutschland, in Österreich, das nach dem „Anschluss" nun „Ostmark" heißt, und im Sudetenland ein großes J in ihre Pässe gestempelt. Den Vorschlag hatte der Chef der Schweizer Polizei, Rothmund, gemacht, um die Emigration von Juden in die Schweiz wirkungsvoller unterbinden zu können. Am 28. Oktober 1938 werden 17 000 in Deutschland lebende Juden mit polnischen Pässen abgeschoben und an der polnischen Grenze im Niemandsland ausgeladen. Unter ihnen waren auch die Eltern des in Hannover studierenden Herschel Grynpan. Der hat bekanntlich angesichts des Elends seiner Familie in Paris die tödlichen Schüsse auf den deutschen Diplomaten Ernst von Rath abgefeuert. Dieses Attentat war der offizielle Anlass zur „Reichskristallnacht" am 9. November 1938.

Damit waren die innenpolitischen Maßnahmen in Deutschland gegen Juden aber noch nicht beendet. Nachdem bereits in den Monaten zuvor Berufsverbote gegen jüdische Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Makler und andere verhängt worden waren, folgen nun weitere Sanktionen. Seit dem 12. November ist es Juden verboten, öffentliche Veranstaltungen zu besuchen. Am 15. November 1938 müssen alle jüdischen Kinder im Deutschen Reich sowie im Sudetenland öffentliche Schulen verlassen. Die Eltern müssen versuchen, ihre Kinder in privaten Schulen unterzubringen. Doch nur wenige Schulleiter sind bereit, jüdische Kinder aufzunehmen. Jüdische Schulen gibt es nur in großen Städten mit entsprechend weiten Schulwegen. Die Folgen: jüdische Familien verelenden mehr und mehr. Verwahrloste Kinder gehören bald zum Alltag, die gezielte Verarmung von Juden schürt den Antisemitismus. Nachdem bereits bei dem von den NS-Machthabern inszenierten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 und während der Pogromnacht vom 9. November 1938 keine Sympathie oder Anteilnahme mit den Verfolgten zu beobachten gewesen war, steht nun der Deportation aller Juden aus dem Deutschen Reich nichts mehr im Weg. Regierung und Partei können sich auf die Volksgenossen verlassen.

Am 8. Dezember 1938 ergeht der Bann gegen Juden an deutschen Universitäten und Hochschulen. Sie werden ausgeschlossen, neue Semester nicht mehr zugelassen. Es folgen entschädigungslose Enteignungen jüdischer Betriebe. Zur selben Zeit werden jüdischen Beamten ihre Pensionen gekürzt. Die Flucht ins Ausland steigt. Der Untergang nimmt seinen Lauf.

Heiner Lichtenstein

Geraubte Kultur

Eine Ausstellung über die schwierige Restitution der von den Nazis aus jüdischem Besitz gestohlenen Kunstgegenstände.

Die etwas sperrige Definition benennt präzise, worum es geht: Nicht allein um Gemälde, wie es einige spektakulär gewordene Rückerstattungsfälle in jüngster Zeit nahelegen, sondern um den kaum vorstellbaren Gesamtbestand an Kulturgütern, den sich die Nationalsozialisten auf ihren europaweiten Raubzügen aneigneten. Der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg" (ERR), ihre mit Abstand erfolgreichste und im gesamten deutschen Herrschaftsgebiet operierende Kunstrauborganisation, beschlagnahmte zum Beispiel in Frankreich mehr als 20 000 Kunstwerke, in der Sowjetunion über 500 000 prähistorische, volkskundliche und kunsthistorische Objekte.

Schon 1941 bezifferte die Pariser Dienststelle den Wert der erbeuteten Kunstschätze auf cirka eine Milliarde Mark. Hermann Göring suchte sich im „Jeu de Paume", das dem ERR als Lager diente, bei wohl 20 Besuchen 700 Kunstwerke aus, die in Sonderzügen direkt Richtung Carinhall abtransportiert wurden. Auch Bibliotheken und Archive wurden systematisch geplündert, zum Zwecke der „Gegnerforschung" durch das „Reichssicherheitshauptamt", für die geplante „Hohe Schule" der NSDAP durch den ERR.

Drei Millionen Bände wurde nach dem Krieg allein aus dem zentralen Sammellager Offenbach restituiert, 450 000 aus dem Kloster Tanzenberg in Österreich. Darüber hinaus wurden geraubte und erbenlose jüdische Kulturgüter, darunter 450 000 Bücher und Dokumente sowie Tausende rituelle Gegenstände und Silber aus Synagogen, von der „Jewish Cultural Reconstruction" JCR) weltweit an Gemeinden und Institutionen zum Neuaufbau eines jüdischen Kulturlebens verteilt.

Welche Einzelschicksale sich in diesem Gesamtvorgang verbergen können, macht eine Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin beispielhaft an fünfzehn Fällen deutlich. In einer geglückten Synthese aus Anschauung und Dokumentation, aus den betreffenden Biographien und Objekten und dem jeweiligen Rückerstattungsverfahren, werden die Fakten aufbereitet, der historische Kontext und die Einzelheiten der Restitution erläutert.

Unentbehrlich ist das Begleitbuch – zur Zeit sicherlich die wichtigste Publikation zum Thema. Über die Darstellung der Fallgeschichten und der historischen Hintergründe hinaus gibt sie – faktenreich und problembewusst, prägnant und verständlich einen umfassenden Überblick. Farblich voneinander abgesetzt, doch durchlaufend paginiert, liefert der Band profunde Beiträge zur Geschichte der Restitution und ihrer Grundlagen – alliierte Rückerstattungsgesetze, Vermögensgesetz, Paragraph 895 BGB und die ja nur für öffentliche Institutionen und nicht für Private geltenden Washingtoner Grundsätze von 1998. Interviews mit Rechtsanwälten, Provenienzforschern, Kunsthändlern und Vertretern von Museen beleuchten die sich seitdem ergebenden Probleme aus ihrem jeweiligen Blickwinkel. Und schließlich erweisen Beiträge über die Regelungen in anderen Ländern, dass Restitution nicht nur ein deutsches Thema ist.

Ein vorläufiges Fazit ist wenig ermutigend: „Unter den verschiedenen Restitutionsforderungen auf Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust sind diejenigen auf geraubte Kunstgegenstände noch immer weitgehend ungeklärt. Dies liegt zum einen an der gigantischen Menge der gestohlenen Kunst und dem Umstand, dass sie über die ganze Welt verstreut wurde. Ein anderer Grund besteht in der Unmöglichkeit, alle Anspruchsteller zusammenzubringen und das Problem mit einem Gesamtvergleich zu regeln" (S. 306). Gleichwohl gilt: „Je mehr sich in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die damalige historische Situation durchsetzt, desto mehr wird ... akzeptiert, dass es hier um anderes geht als um die Entfernung eines Bildes aus einem Museum."(S.295). Ausstellung wie Begleitband leisten für dieses Verständnis einen wesentlichen Beitrag.

Theo Meier-Ewert

Raub und Restitution, Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, hrsg. von Inka Bertz und Michael Dorrmann im Auftrag des Jüdischen Museums Berlin und des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, Göttingen 2008, Wallstein Verlag, 325 Seiten, 24,90 Euro.

Die Ausstellung „Raub und Restitution" wird bis zum 25. Januar 2009 im Jüdischen Museum Berlin und vom 22. April bis 2. August 2009 im Jüdischen Museum Frankfurt am Main gezeigt.

Meldungen

Brauner November

Aachen/Köln – Im Vorfeld des 70. Jahrestages der Pogromnacht 1938 wollen Neonazis in Aachen provokativ gegen die „einseitige Vergangenheitsbewältigung" aufmarschieren. Aktuell mobilisiert Axel Reitz aus Köln für den Aufmarsch. Reitz war erst im April nach Verbüßung einer Haftstrafe – unter anderem wegen Volksverhetzung – aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Demonstration soll am 8. November vor den Aachener Hauptbahnhof beginnen. Zynisches Motto in Bezug zu den bundesweiten Gedenkveranstaltungen rund um den 9. November: „Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung! Gedenkt der deutschen Opfer!" Als Veranstalter benennt Reitz, ehemaliger Aktivist des „Kampfbundes deutscher Sozialisten" (KDS) und Mitbegründer der nach einem SA-Mann benannten „Kameradschaft Walter Spangenberg", die „Freien Kräfte" – also Neonazis aus den militanten „Kameradschafts"- und „Autonomen Nationalisten"-Kreisen. Die Polizei prüft derzeit die Anmeldung. Örtliche Nazigegner haben Gegenproteste angekündigt. (mik)

„Deutschlandfreunde"

Villingen-Schwenningen – Jürgen Schützinger, baden-württembergischer NPD-Landesvorsitzender sowie Kreis- und Stadtrat der Deutschen Liga für Volk und Heimat, hat eine „Aktion Patenschaft" ins Leben gerufen. Mit Schreiben vom 7. Oktober teilt Schützinger (Jg. 1953) seinem Adressatenkreis mit, dass man „seit geraumer Zeit einen erfreulichen Mitgliederzuwachs" registriere und zugleich sozial Schwachen „beitragsmäßig unter die Arme greifen" wolle. Deshalb wende sich die „Aktion Patenschaft" an ihm bekannte „Deutschlandfreunde, die – aus welchen Gründen auch immer – sich nicht fest organisatorisch binden wollen oder können", aber finanzielle Unterstützung leisten wollten: „Das ist der eigentliche Punkt: Die Übernahme einer quasi Beitragspatenschaft für Bedürftige". Ebenfalls unter der Postfachadresse von Schützinger in der Schwarzwaldmetropole Villingen-Schwenningen ist eine „Aktion Hilfsbereitschaft" beheimatet. Die gibt vor, „deutschbewussten Menschen" bei der Suche nach einer Beschäftigung zu helfen. Auch beim Kauf beziehungsweise Verkauf von Gegenständen jeder Art sollen „deutschbewusste Menschen" von der „Aktion Hilfsbereitschaft" unterstützt werden. Denn: „Wir Deutsche müssen – gerade jetzt! – fest und einig zusammenstehen und uns gegenseitig helfen, wollen wir nicht als rechtlose Minderheit im eigenen Heimatland sang- und klanglos untergehen." (am)

Martialisches Happening

Finnland (Turku) – Unter dem Motto „West Coast Hardcore Massacre" findet in der finnischen Stadt Turku am 29. November dieses Jahres ein rechtsextremes Konzert statt. Angekündigt sind ausschließlich deutsche Szene-Bands. Demnach spielen die einschlägig bekannten „Konzertkapellen" (Szene-Jargon) „Brainwash" und „Moshpit", deren Bandmitglieder aus Thüringen und Sachsen stammen, „Daily Broken Dream" (Sachsen-Anhalt, vormals „Race Riot") und „Path of Resistance" (Mecklenburg-Vorpommern) auf. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de